



Weydingerstr. 14-16 · 10178 Berlin
Tel.: +49 (0)30-24 00 93 38
E-Mail: info@netzwerk-cuba.de
Internet: www.netzwerk-cuba.de
DE52 1001 0010 0032 3301 04
BIC: PBNKDEFF

28. Oktober 2017

Resolution

Eine bessere Welt ist möglich - Che inspiriert!

Cuba ist seit mehr als einem halben Jahrhundert einer von den USA verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade ausgesetzt, die seit 1992 Jahr für Jahr von der UN-Generalversammlung als völkerrechtswidrig verurteilt wird. Trotz der vermeintlichen Annäherung beider Länder ist die Blockadepolitik auch unter US-Präsident Obama in den entscheidenden Punkten nicht verändert worden.

Die Regierungen dieser Welt, auch die der europäischen Länder, votieren Jahr für Jahr in der UNO gegen diese US-Aggressionspolitik – ohne der Abstimmung praktische Konsequenzen folgen zu lassen. Angesichts der aktuellen Katastrophe muss die internationale Staatengemeinschaft daraus endlich Konsequenzen ziehen. Auch deutsche Bankinstitute beteiligen sich an der Verletzung von Menschenrechten und Völkerrecht. Sie weigern sich u.a. Spendengelder für Cuba zu transferieren. Dagegen wird von den einzelnen Regierungen nichts unternommen, obwohl sie durch EU-Recht dazu verpflichtet sind.

Im Gegenteil: die EU und ihre Mitgliedsstaaten sind tatsächlich selbst für massenhafte Menschenrechtsverletzungen verantwortlich: Waffenverkäufe an repressive Staaten, Kriegseinsätze die massenhaft zivile Opfer fordern, imperiales und offensives Verhalten gegen missliebige Staaten (z.B. Einkreisung Russlands, Subversion gegen Venezuela), Abschottung gegen Flüchtende (mit tausenden Toten im Mittelmeer und Abschiebungen in Kriegsregionen) usw. All dies dient der Ausbeutung vieler Länder, die Zerstörung der Umwelt und der Lebensgrundlagen künftiger Generationen wird billigend in Kauf genommen.

So kommt es, dass die EU und ihre Mitgliedsregierungen der US-Blockade Folge leisten sowie selbst an subversiven Aktionen gegen Cuba mitwirken bzw. diese unterstützen. Diese kontinuierlichen Völkerrechtsverletzungen der westlichen Regierungen behindern und stören die freie und selbstbestimmte Entwicklung des sozialistischen Cuba u.a. durch massive wirtschaftliche Einbußen. Darin kommt eine imperialistische Haltung zum Ausdruck, die völlig inakzeptabel ist.

„Die Praktizierung des proletarischen Internationalismus ist nicht nur eine Pflicht der für die Sicherung einer besseren Zukunft kämpfenden Völker, sondern mehr noch eine unerlässliche Notwendigkeit. ... Sozialismus kann nicht existieren ohne einen Wechsel im Bewusstsein, er ruft eine neue brüderliche Haltung gegenüber der Menschheit hervor ...“

(Ansprache von Che vor der Generalversammlung der UNO, 11. Dezember 1964)

Anlässlich unserer Veranstaltung zum Gedenken an die Ermordung von Ernesto Che Guevara vor 50 Jahren und des Besuchs seines Mitkämpfers Leonardo Tamayo Nuñez hier bei uns fordern wir gemeinsam mit den zahlreichen Cuba-Solidaritätsorganisationen weltweit und mit vielen CubafreundInnen in der Bundesrepublik Deutschland, die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade endlich zu beenden und das Selbstbestimmungsrecht Cubas und anderer Staaten zu respektieren. Lassen wir uns in diesem Kampf von Che inspirieren! Denken und handeln wir internationalistisch! Stehen wir an der Seite Cubas und anderer fortschrittlicher Staaten und Bewegungen. **Che presente!**